

Anlage 10: Ergebnis der erneuten Auslegung des Entwurfs des Sachlichen Teilplans Kalkstein (vorläufiger Stand: 17.05.2018)

Aufgrund des Beteiligungsverfahrens und der Öffentlichkeitsbeteiligung 2017 sowie der sich anschließenden Erörterung mit den Verfahrensbeteiligten am 07.02.2018 wurde der Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein gegenüber der Fassung des Erarbeitungsbeschlusses vom 20. September 2010 in Teilbereichen im Sinne von § 9 Abs. 3 ROG dergestalt geändert, dass dies zu einer stärkeren oder erstmaligen Berührung von Belangen führen könnte. Mit der erneuten Auslegung der Planungsunterlagen vom 12.03. bis 13.04.2018 wurden daher allen Verfahrensbeteiligten und der Öffentlichkeit Gelegenheit zur Stellungnahme zu diesen Änderungen gegeben und zugleich die Öffentlichkeit über den Stand der Planungen informiert.

Die Änderungen, zu denen eine Stellungnahme abgegeben werden konnte, bezogen sich im Einzelnen auf

- die textlichen Festlegungen zu Ziel 1.6 mit zugehöriger Erläuterung (RdNr. 15 und 30),
- die zeichnerischen Festlegungen zu den Abgrabungsbereichen
 - Ennigerloh Nord,
 - Ennigerloh Süd,
 - Beckum Nord,
 - Beckum Nordost,
 - Beckum Süd,
 - Wettringen Nord I und
 - Wettringen Nord II.

Ergänzend zu den o. a. zeichnerischen Darstellungen wurde auch die Umweltprüfung aktualisiert. Zu den hierzu erstellten SUP-Prüfbögen konnten ebenfalls Anregungen und Bedenken vorgetragen werden.

Insgesamt gingen bis zum 13.04.2017 fristgerecht 47 Stellungnahmen ein, davon eine im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung; der Rest kam aus dem Bereich der Verfahrensbeteiligten.

Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten

38 der 46 Verfahrensbeteiligten (Beteiligtennummern 026, 027, 028, 030, 032, 039, 045, 052, 054, 075, 100, 105, 106, 111, 112, 115, 119, 140, 141, 144, 147, 207/208, 215, 233, 238, 239, 240, 243, 260, 279, 288, 500, 515, 518, 034, 037, 039 und 546; siehe dazu auch Anlage 5 – Beteiligtenliste) äußerten zu den erneut ausgelegten Planungsunterlagen keine oder keine grundlegenden Bedenken. Die Verfahrensbeteilig-

ten 070 (teilw.), 072, 106, 108, 141, 154, 240 und 279 gaben im Rahmen ihrer Stellungnahme Hinweise, Anregungen und Bedenken zum Auslegungsgegenstand ab, die in der nachfolgenden Tabelle A10.1 aufgeführt sind.

Die Verfahrensbeteiligten 070 (teilw.), 111, 115, 147, 151, 239, 261 und 279 gaben im Zusammenhang mit ihrer Stellungnahme zusätzliche Hinweise ab oder äußerten Bedenken zu Sachverhalten, die bereits im bisherigen Erarbeitungsverfahren berücksichtigt wurden und/oder die nicht Gegenstand der erneuten Auslegung waren. Diese Anregungen werden hier nicht erneut in der Synopse aufgeführt. Vielmehr wird auf die Ausgleichsvorschläge zu den entsprechenden Anregungsnummern der hierzu aufgeführten Verfahrensbeteiligten in Anlage A8 verwiesen.

4 Verfahrensbeteiligten (Beteiligtennummern 032, 110, 129, 147) wiederholten oder trugen neue Sachverhalte zu Themenfeldern vor, die ausdrücklich nicht Gegenstand der erneuten Auslegung waren. Trotzdem wurden diese Anregungen und Bedenken aus verfahrensrechtlichen Erwägungen heraus einer abschließenden Abwägung bzw. Klarstellung unterzogen, deren Ergebnis unten in der Synopse A10.2 abgebildet wird.

Stellungnahmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung

Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung wurde nur eine Stellungnahme (Einwendernummer 10287 – Fa. Holcim durch Rechtsanwälte Notare Lauprecht) zu den Änderungen des Planentwurfs abgegeben. Diese betraf zum einen das geänderte Ziel 1.6, den Abgrabungsbereich Beckum Süd sowie das Ziel 1.2. Letzteres war bereits im bisherigen Erarbeitungsverfahren ausreichend behandelt worden und war damit – da unverändert – nicht mehr Gegenstand der erneuten Auslegung.

Ergebnis der erneuten Auslegung des Sachlichen Teilplans Kalkstein

Im Ergebnis ist somit festzuhalten, dass die erneute Auslegung zu keinen weiteren Änderungen am Entwurf des Sachlichen Teilplans Kalkstein geführt haben. Bei zahlreichen Ausführungen in den Stellungnahmen handelt es sich in erster Linie um Hinweise, die nach Auffassung der Regionalplanungsbehörde in den nachfolgenden Fachverfahren im Detail zu klären sind. Ob sich insbesondere in den angesprochenen Konfliktfällen mit der Straßenplanung daraus Konsequenzen im Hinblick auf die festgelegten Abgrabungsbereiche ergeben könnten, bliebe einer späteren Regionalplanfortschreibung vorbehalten.

Auch wenn die wenigen vorgetragenen Anregungen und Bedenken für die Verfahrensbeteiligten von großer Bedeutung sein mögen, ergibt sich daraus aus Sicht der Regionalplanungsbehörde keine Notwendigkeit einer weiteren Erörterung mit dem Versuch, einen Meinungsausgleich mit allen Verfahrensbeteiligten herzustellen. Zu den Anregungen und Hinweisen der Landwirtschaftskammer NRW (E108-001 und E108-002), PLEdoc (E240-001) sowie des Wasserversorgungsverbands Tecklenburger

Land (E147-001) fand vorsorglich eine bilaterale Abstimmung per E-Mail bzw. telefonisch statt, deren Ergebnis in den beiden nachfolgenden Synopsen ebenfalls festgehalten ist. Ansonsten wurden viele vorgetragene Aspekte bereits im Rahmen der Abwägung der 2017 vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise sowie der Erörterung am 07.02.2018 ausreichend behandelt.


Tabelle A10.1: Synopse der im Rahmen der erneuten Auslegung vorgetragenen, relevanten Anregungen/Bedenken und Hinweise

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
1. Verfahrensbeteiligte	
Beteiligter: 070 – Kreis Warendorf Anregungsnummer: E070-001	
<p>»Aus immissionsschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen die Fortschreibung des Regionalplans Münsterland, Teilplan Kalkstein, keine Bedenken.</p> <p>Ich bitte um die rechtzeitige Beteiligung in den anschließende nachfolgenden fachgesetzlichen Genehmigungsverfahren in den geplanten Abgrabungsbereichen zur fachlichen Beurteilung des Immissionsschutzes in Bezug auf Lärm-, Staub- und Erschütterungsemissionen.»</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Beteiligter: 070 – Kreis Warendorf Anregungsnummer: E070-002	
<p>»Die unter den Randnummern 15 und 30 (Ziel 1.6 mit zugehörigen Erläuterungen) vorgenommenen Umformulierungen entsprechen den Ergebnissen des Erörterungstermins.</p> <p>Der Umformulierung wird zugestimmt.«</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Beteiligter: 070 – Kreis Warendorf Anregungsnummer: E070-003	
<p>Das auf dem Blatt 13 dargestellte Abbaugelände nordwestlich von Ennigerloh grenzt unmittelbar an das Straßengelände der Kreisstraße 23 Abschnitt 1.</p> <p>Da entlang der Kreisstraße 23 Abschnitt 1 eine Rad- /Gehwegebedarfe angemeldet wurde, dessen Verlauf parallel zur Linienführung der bestehenden Fahrbahn geplant ist und mittelfristig umgesetzt werden soll, sind die genauen Abbaugrenzen rechtzeitig vor dem Abbaubeginn mit dem Kreis Warendorf abzustimmen.</p> <p>Das auf dem Blatt 13 dargestellte Abbaugelände nordöstlich von Beckum grenzt unmittelbar an das Straßengelände der Kreisstraße 23 Abschnitt 9.</p>	Die Hinweise zu den beiden Abschnitten der K 23 im Bereich des BSAB Ennigerloh Nord werden zur Kenntnis genommen.

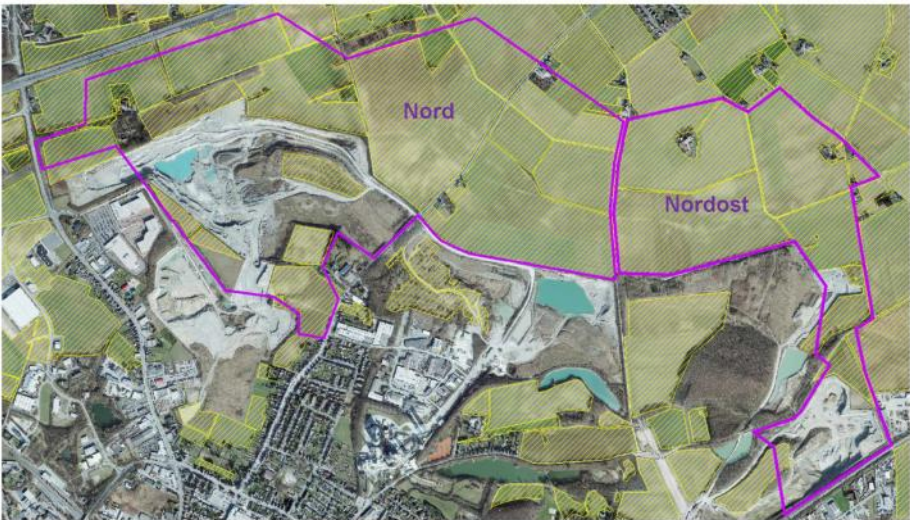
Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<p>Die Kreisstraße 23 Abschnitt 9 weist erheblichen Ausbau bzw. Sanierungsbedarf auf. Es ist beabsichtigt, die Linienführung der Kreisstraße kurz- bis mittelfristig zu optimieren und zur Erhöhung der Verkehrssicherheit einen parallelen Rad-/Gehweg anzulegen.</p> <p>Um Konfliktbereiche zu vermeiden, sind die genauen Abbaugrenzen rechtzeitig vor der endgültigen Festlegung mit dem Kreis Warendorf abzustimmen.</p>	
<p>Beteiligter: 072 - Stadt Beckum Anregungsnummer: E072-001</p>	
<p>»...</p> <p>Zwischenzeitlich haben weitere Gespräche zwischen der Stadt Beckum und dem Abbauunternehmen Holcim bezüglich des Abbaubereiches Lippberg Nord und -Süd stattgefunden. Zielsetzung war, nach den Vorgesprächen im Nachgang zum Erörterungstermin am 8. Februar 2018 bei der Bezirksregierung eine Kompromisslösung zur räumlichen Darstellung des BSAB zu finden.</p> <p>Dies ist nunmehr gelungen, sodass der Ausschuss für Stadtentwicklung und Demografie des Rates der Stadt Beckum in seiner Sitzung am 11. April 2018 nunmehr wie folgt Stellung genommen hat:</p> <p>„Die Stadt Beckum stimmt dem von der Bezirksregierung Münster in der erneuten Auslegung des geänderten Teils des Planentwurfs des sachlichen Teilplans Kalkstein vorgelegten Ausgleichs Vorschlag zu, so wie er in Anlage 1 zu dieser Vorlage dargestellt ist. <i>[Anlage 1 hier nicht abgebildet]</i></p> <p>Voraussetzung dafür ist, dass die aus Sicht der Stadt besonders zu schützenden Belange des Erhalts der Höxbergstufe und des Höxbergplateaus dadurch gesichert werden, dass sich das Abbauunternehmen schon jetzt vertraglich dazu verpflichtet, das Höhenprofil und die landschaftsräumliche Gliederung nach Abschluss der Abbautätigkeit wiederherzustellen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<p>Die Wiederherstellung wird im nachfolgenden Planfeststellungsverfahren unter Beteiligung der Stadt Beckum festgesetzt.</p> <p>Die Forderung aus der bisherigen Stellungnahme, dass im Vorgriff beziehungsweise während der Abbautätigkeit landschaftsräumliche Gliederungselemente zu schaffen sind, welche die Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes abmildern, wird aufrechterhalten. Es ist sicherzustellen, dass die schutzwürdigen Belange auf der Ebene der Rekultivierungsplanung berücksichtigt werden."</p> <p>Ich bitte Sie, diese einvernehmlich zwischen der Stadt Beckum und der Firma Holcim getroffene Abgrenzung zum Darstellungsbereich des BSAB zu übernehmen.</p> <p>Die Stellungnahme ergeht vorbehaltlich der Zustimmung des Rates am 19. April 2018.</p> <p>Zur Verdeutlichung ist dieser Stellungnahme der Beschlusstext nebst Anlagen sowie der Entwurf des Vertrages zwischen der Stadt Beckum und der Firma Holcim WestZement GmbH beigefügt; einschließlich einer Plandarstellung der einvernehmlichen Flächenkulisse.« <i>[Weitere Unterlagen hier nicht abgebildet]</i></p> <p>[Im Nachgang teilte die Stadt Beckum am 20.04.2018 per E-Mail mit, dass auch der Rat der Stadt Beckum der Stellungnahme vom 12.04.2018 zugestimmt hat.]</p>	
Beteiligter: 106 - Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Anregungsnummer: E106-001	
<p>»[...]</p> <p>Meine Stellungnahme vom 28.02.2017 in dieser Angelegenheit gilt daher vollinhaltlich weiter.</p> <p>Sollten – entgegen meiner Einschätzung – dennoch zwischen den beiden Abstimmungsverfahren Änderungen hinsichtlich der Bauhöhen über Grund, der</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Siehe hierzu die Ausgleichsvorschläge zu den Anregungsnummern 106-001 bis 106-004 in Anlage A8.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<p>räumlichen Ausdehnung der überplanten Fläche oder der grundsätzlichen Zweckbestimmung eingetreten sein, so bitte ich mir diese mitzuteilen. Für diesen Fall bitte ich dieses Schreiben als Zwischennachricht zu werten.«</p>	
<p>Beteiligter: 108 - Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter Anregungsnummer: E108-001</p>	
<p>»Im Rahmen der Änderungen im Regionalplan Münsterland, Sachlichen Teilplan Kalkstein sind insbesondere agrarstrukturelle Bereiche Gegenstand der erneuten Auslegung. Insbesondere Bereiche zur Sicherung und zum Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) wurden im bisherigen Erarbeitungsverfahren geändert bzw. gestrichen.</p> <p>Die Übersicht der BSAB wird im Regionalplan-Maßstab von 1 : 50.000 dargestellt. Die Grenzverläufe haben sich teilweise geändert. Es wird diesseits davon ausgegangen, dass sich der Flächenanspruch entsprechend der Ausgangsplanung nicht erhöht hat. Andernfalls sollte hier besonderes Augenmerk auf eine flächenschonende BSAB Ausweisung gerichtet werden. Denn die Abgrabungen erfolgen fast ausschließlich auf landwirtschaftlichen Nutzflächen. Vor diesem Hintergrund sind die Abgrabungsflächen auf das unbedingt erforderliche Maß zurückzunehmen.</p> <p>Es wird angeregt, in Genehmigungsverfahren zu prüfen, in wie weit nach Abschluss der Abgrabungen eine Rückführung in landwirtschaftliche Nutzfläche möglich ist.«</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Flächenanspruch hat sich gegenüber der Ausgangsplanung nicht erhöht und entspricht der Vorgabe des LEP, die Versorgung mit dem Rohstoff Kalkstein für einen Zeitraum von 35 Jahren sicher zu stellen.</p> <p>Im Sachlichen Teilplan ist als Nachfolgenutzung für alle bisher nicht bereits genehmigten Flächen zeichnerisch ein Freiraum- und Agrarbereich festgelegt worden. Diese Festlegung sowie das Ziel 1.5 stehen einer Rückführung in landwirtschaftlicher Nutzfläche nicht entgegen.</p> <p><i>Seitens des Verfahrensbeteiligten wurde mit Schreiben vom 09.05.2018 Meinungsabgleich zu der Erwiderung erklärt.</i></p>
<p>Beteiligter: 108 - Direktor der Landwirtschaftskammer NRW als Landesbeauftragter Anregungsnummer: E108-002</p>	
<p>»<u>Ennigerloh Nord</u></p>	<p><u>Zu Ennigerloh Nord:</u> Die Erweiterung der bestehenden Abgrabung erfolgt in westlicher und nicht in östlicher Richtung. Der Hinweis wird bezogen auf die tatsächliche westliche Erweiterung zur Kenntnis genommen.</p> <p><u>Zu Ennigerloh Süd:</u> Die Erweiterung der bestehenden Abgrabung erfolgt in westlicher und nicht in östlicher Richtung.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<div data-bbox="181 240 1088 533">  </div> <p data-bbox="174 568 1095 900">Das Plangebiet Ennigerloh Nord wird schon als Abbaugelände genutzt. Im Osten soll es um rd. 15 ha vergrößert und im Norden um ca. 2 ha verringert werden. Die neue Abgrenzung orientiert sich nicht an bestehende Grenzen wie Bewirtschaftungsgrenzen, Bachläufe oder Wirtschaftswegen, sondern durchschneidet linear bestehende Ackerstrukturen und verkleinert somit langfristig die Bewirtschaftungseinheiten. Von der Planung sind zwei Betriebsstandorte betroffen. Das Plangebiet wird von Biotopverbundflächen mit 'besondere Bedeutung' durchzogen. Somit ist bei Inanspruchnahme der Flächen von erhöhtem Kompensationsbedarf auszugehen, der dann wiederum zusätzliche landwirtschaftliche Flächen entzieht.</p> <p data-bbox="174 948 362 976"><u>Ennigerloh Süd</u></p>	<p data-bbox="1120 240 2009 304">Der Hinweis wird bezogen auf die tatsächliche westliche Erweiterung zur Kenntnis genommen.</p> <p data-bbox="1120 336 1624 400"><u>Zu Beckum Nord:</u> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p data-bbox="1120 432 2009 528"><u>Zu Beckum Nordost:</u> Das Plangebiet Nordost wird um ca. 10 ha erweitert und nicht um ca. 18 ha. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p data-bbox="1120 560 1624 624"><u>Zu Beckum Süd:</u> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p data-bbox="1120 679 2009 743"><i>Seitens des Verfahrensbeteiligten wurde mit Schreiben vom 09.05.2018 Meinungsabgleich zu der Erwiderung erklärt.</i></p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<div data-bbox="181 245 584 600" data-label="Image"> </div> <div data-bbox="607 253 1084 600" data-label="Image"> </div> <p data-bbox="174 635 1095 730">Das bestehende Plangebiet „Ennigerloh Süd" soll östlich um rd. 8,5 ha (davon 7,6 ha Ackerland) erweitert werden. Hier sind neben dem Flächenentzug keine landwirtschaftlichen Betriebsstandorte betroffen.</p> <p data-bbox="174 778 595 807"><u>Beckum Nord und Beckum Nordost</u></p> <p data-bbox="174 850 1095 914"><i>[Abbildung mit Regionalplan-Auszug von Beckum Nord und Nordost hier nicht abgebildet]</i></p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
 <p>Die Plangebiete Beckum Nord und Nordost umfassen rd. 200 ha landwirtschaftliche Fläche.</p> <p>Im Plangebiet Nord soll eine Erweiterung von rd. 38 ha in nordöstliche Richtung erfolgen. Dadurch werden neben einer Grünlandfläche (1,8 ha) gut strukturierte Ackerflächen (> 5 ha) überplant.</p> <p>Das Plangebiet Nordost soll um 18 ha erweitert werden. Es handelt sich um eine Hofstelle ([...]) mit einem Feldblock von 17 ha Ackerland.</p> <p><u>Beckum Süd</u></p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<div data-bbox="174 240 1090 553" data-label="Image"> </div> <p>Das landwirtschaftlich geprägte Plangebiet erstreckte sich ursprünglich südlich bis zur L 808. Die Neuplanung rückt von der L 808 zurück und wird in südwestlicher Richtung ergänzt. Durch die Planungsänderung wird die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Restflächen ungünstig beeinflusst.</p> <p>Für alle Änderungen sollte im Bereich der Kompensationen möglichst keine bzw. wenig landwirtschaftliche Nutzfläche herangezogen werden. Falls landwirtschaftliche Nutzflächen in Anspruch genommen werden müssen, sind diese mit der Bezirksstelle für Agrarstruktur (BfA) Münsterland abzustimmen.</p> <p><u>Allgemeiner Hinweis:</u> Ich verweise im Übrigen auf die 'Vorbemerkung' der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer NRW vom 29.07.2011.</p> <p>Mit der Regionalplanung wird der verbindliche Grundstein für Kommunen gelegt, landwirtschaftliche Produktionsflächen in nicht landwirtschaftliche Nutzung überführen zu dürfen. Der landwirtschaftliche Flächenverlust durch ein Vorhaben selbst ist die kurzsichtige Betrachtungsweise, die mit dem Vorhaben verbundene Kompensationen (Ersatz und Ausgleich) stellen das Gesamtausmaß des landwirtschaftlichen Flächenverlustes dar.</p> <p>Nach Angaben des Flächenberichtes des LANUV wurden in 2015 in NRW 9,3 ha pro Tag für Siedlungs- und Verkehrsflächen beansprucht. Die Zunahme der für Siedlungen in Anspruch genommenen Flächen ist im Jahr 2015 mit 6,6 ha</p>	

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<p>pro Tag im Vergleich zum Jahr 2014 geringfügig angestiegen, wobei davon der größte Anteil (5,7 ha/Tag) den Erholungs- und Friedhofsflächen zugeordnet ist. Die Landwirtschaftsfläche hat in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2015 um weitere 83,2 km² abgenommen. Dies waren im Wesentlichen ackerbaulich genutzte Flächen. Mit einer täglichen Abnahme des Ackerlandes in Höhe von 22,8 ha wurde im Jahr 2015 der höchste Verlust seit dem Jahr 2007 ermittelt. Seit dem Jahr 1996 wurden damit insgesamt 1.187 km² fruchtbare Acker- und Grünlandflächen auf wertvollen Böden für andere Flächennutzungen in Anspruch genommen. Bezogen auf den Zeitraum der letzten 19 Jahre entspricht dies einer täglichen Abnahme von 17,1 ha Landwirtschaftsfläche pro Tag.«</p>	
Beteiligter: 141 - Wasserversorgung Beckum Anregungsnummer: E141-001	
<p>»[...] Jedoch gehen wir davon aus, dass bei „Verdrängungsfall“ Ersatztrassen für Trinkwasserleitungen bereitgestellt werden und eine Kostenübernahme für die Umlegung erfolgt. Näheres würde in den nachgelagerten Verfahren zu regeln sein.«</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
Beteiligter: 154 - Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen Anregungsnummer: E154-001	
<p>»Die in den überarbeiteten Entwurfsunterlagen (Blatt-Nr. 13) zur Änderung des Regionalplans Münsterland für den Kalksteinabbau ausgewiesenen Flächen in den Ortslagen Beckum Nord, Beckum Nordost und Enningerloh Süd stehen in Konflikt mit dem geplanten Verlauf der Ortsumgehung Beckum - Neubeckum sowie mit der bereits begonnen Baumaßnahme Ortsumgehung Beckum.</p> <p><u>(Projekt 07-0085)</u> Neubau OU Beckum im Zuge der B 58n Rechtskräftiger Planfeststellungsbeschluss Az.:25.04.01.01-2/09 vom 25.03.2015. Der Baubeginn erfolgte im Herbst 2015. Sämtliche Änderungen im Zusammenhang mit den Abbauflächen sind auf den Neubau der OU Beckum abzustimmen.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p><u>Zu Projekt 07-0085 Neubau OU Beckum im Zuge der B 58n:</u> Die Linienführung der B 58 n bezieht sich im wesentlichen auf bereits genehmigte Abbauflächen, die im Regionalplan nachrichtlich festgelegt worden sind.</p> <p><u>Zu Projekt 07-0090 OU Beckum-Neubeckum B 475 - (K 6-L 792):</u> Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Im geltenden Regionalplan ist die bisher favorisierte und linienbestimmte Trasse festgelegt. Da eine veränderte Trassenführung zurzeit nicht erkennbar ist, verbleibt im Regionalplan Münsterland der alte linienbestimmte Verlauf. Eine Linienführung wird damit nicht vorgegeben. Sie wird in den Straßenplanungsverfahren ermittelt und so der scheinbare Konflikt zwischen den raumordnerischen Festlegungen BSN, BSAB und Straße zu einem späteren Zeitpunkt ausgeräumt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<p>Projekt 07-0090 OU Beckum-Neubeckum B 475 - (K 6-L 792) Bedarfsplanmaßnahme / Vordringlicher Bedarf Die bisher favorisierte Linie durch den ehemaligen Steinbruch kann nicht realisiert werden. Es ist ein Neubeginn der UVS mit einem westlich zu erweiternden Untersuchungsraum für den weiteren Planungsprozess erforderlich. Hierzu ist ein Korridor im Bereich der geplanten Abbaufäche freizuhalten, der im weiteren Planverfahren zur Abgrabung genauer abzustimmen ist.</p> <p>Die vorgenannten Aspekte bitte ich bei der Fortschreibung des Regionalplans Münsterland sowie in den nachfolgenden Verfahren zu berücksichtigen. «</p>	
<p>Beteiligter: 240 – PLEdoc GmbH Anregungsnummer: E240-001</p>	
<p>»[...]</p> <p>Wir bitten Sie, die Verlauf der Versorgungsanlagen [RG006000000, RG006128000, RG006000000 (alle Ferngasleitungen von Open Grid Europe, teilw. mit Begleitkabel) und RG016000000 (LWL-KSR-Anlage von GasLINE)] nachrichtlich in den Regionalplan zu übernehmen, im Erläuterungsbericht entsprechend zu erwähnen und in der Legende zu erläutern. «</p>	<p>Der Anregung die Leitungen im Regionalplan darzustellen wird nicht gefolgt. Die Vorschriften für das Verfahren zur Erarbeitung und Aufstellung finden sich sowohl im unmittelbar geltenden Raumordnungsgesetz (ROG, insbes. §§ 8 ff.) als auch im Landesplanungsgesetz (LPIG) und in der dazu erlassenen Durchführungsverordnung (Teil 3, Kapitel 1,2). Danach ist die Festlegung von Leitungstrassen in Regionalplänen nicht vorgesehen.</p> <p><i>Seitens des Verfahrensbeteiligten wurde telefonisch und per E-Mail am 15.05.2018 Meinungsabgleich zu der Erwiderung erklärt. Dem Verfahrensbeteiligten geht es generell um einen Hinweis auf das Vorhandensein von Versorgungsanlagen, damit diese in den nachfolgenden Planverfahren Berücksichtigung finden.</i></p>
<p>Beteiligter: 240 – PLEdoc GmbH Anregungsnummer: E240-002</p>	
<p>»In den textlichen Festlegungen ist niedergeschrieben, dass die angedachten LEP-Änderungen rechtlich lediglich als Absichtserklärung einzustufen sind. Wir erheben daher gegen die erneute Auslegung des Regionalplans keine grundsätzlichen Einwände.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Bestandsschutz der Versorgungsanlagen wird im konkreten Genehmigungsverfahren für den Rohstoffabbau berücksichtigt.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<p>Wir gehen davon aus, dass der Bestandsschutz der Versorgungsanlagen gewährleistet ist und durch die textlichen und zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanes sich keinerlei Nachteile für den Bestand und den Betrieb der Versorgungsanlagen und die Versorgungssicherheit sowie keinerlei Einschränkungen und Behinderungen bei der Ausübung der für die Sicherheit der Versorgung notwendigen Arbeiten, wie Überwachung, Wartung, Reparatur usw. ergeben.</p> <p>Weitere Anregungen entnehmen Sie bitte dem beiliegenden Merkblatt der Open Grid Europe GmbH „Berücksichtigung von unterirdischen Ferngasleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen". [hier nicht abgebildet]</p> <p>Abschließend teilen wir Ihnen mit:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Geltungsbereich des hier angezeigten Regionalplans sind keine von uns verwalteten Kabelschutzrohranlagen der GasLINE GmbH & Co. KG vorhanden. • Im Geltungsbereich des hier angezeigten Regionalplans sind keine von uns verwalteten Kabelschutzrohranlagen der Viatel Deutschland GmbH vorhanden.« 	
2. Öffentlichkeitsbeteiligung	
Privater Einwender: 10287 - Holcim West Zement GmbH (durch RA'e Notare Lauprecht) Anregungsnummer: E10287-001	
<p>»Im Sinne der agrarstrukturellen Belange und zur Verbesserung produktionsintegrierter Kompensation sollte zudem wie folgt formuliert werden:</p> <p><i>„Bei der Inanspruchnahme von besonders schutzwürdigen trockenen bis extrem trockenen, flachgründigen Felsböden soll eine bodenfunktionsbezogene Kompensation durch Rekultivierungsnaturierung erreicht werden“.</i>«</p>	<p>Der Anregung wird nicht gefolgt. Es handelt sich um ein Ziel der Raumordnung, also um eine verbindliche Vorgabe, die auch durch eine entsprechende Wortwahl zum Ausdruck gebracht werden muss.</p> <p>Was die angeregte Kompensation auf der zu rekultivierende Fläche anbelangt, ist in den Erläuterungen zu Ziel 1.6 bereits festgelegt, dass die notwendige Kompensation auch dort umgesetzt werden kann.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
Privater Einwender: 10287 - Holcim West Zement GmbH (durch RA'e Notare Lauprecht) Anregungsnummer: E10287-002	
<p>»Im Übrigen berichten wir, dass unsere Mandantschaft in konkretisierten Verhandlungen zum Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Stadt Beckum steht, mit dem Einvernehmen zu den konfligierenden Belangen hergestellt wird. [...] Die konfligierenden Interessen konnten im Rahmen eines bilateralen Einigungsprozesses zu einem gegenseitigen Ausgleich gebracht werden.«</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Tabelle A10.2: Synopse der im Rahmen der erneuten Auslegung vorgetragenen neuen Anregungen/Bedenken und Hinweise, die sich zwar nicht auf den Auslegungsgegenstand beziehen, dennoch aus fachlichen Gründen einer Abwägung unterworfen werden

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
Beteiligter: 032 – Gemeinde Rosendahl Anregungsnummer: E032-001	
<p>»[...]</p> <p>Die Stellungnahme der Gemeinde vom 22.03.2017, in der auf das FFH-Gebiet (Natura 2000) Vechte und die ehemaligen Altablagerungen (94-Ro 14-3909/05 und 95-Ro 15-3909/06) im Bereich des Bockler Berges in Höpingen hingewiesen wird, bleibt weiterhin bestehen. «</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich des Bereichs des Bockler Berges ist hier darauf hinzuweisen, dass die in der Erläuterungskarte I dargestellten Rohstoffvorkommen nicht im FFH-Gebiet liegen, da bei der Darstellung die Kriterien des Abgrabungskonzepts angewendet wurden. Im Übrigen ist dieser Bereich in der Erläuterungskarte II – Wertvolle oberflächen-nahe Lagerstätten auch nicht als Reserve dargestellt.</p>
Beteiligter: 110 - Geologischer Dienst NRW - Landesbetrieb Anregungsnummer: E110-001	
<p>»[...]</p> <p>Im Anhang C, Seite 14, 4. Abs. wird erläutert, dass eine Festlegung von BSAB in Bezug auf die Versorgungssicherheit für den Rohstoff Kalkstein auch grundsätzlich erfolgen könne, ohne Flächen im FFH Gebiet „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ in Anspruch zu nehmen. Es wird im Folgenden ausgeführt, dass dies auch die Rohstoffkarte des Geologischen Dienstes NRW belege.</p> <p>Ich weise darauf hin, dass diese Formulierung nicht korrekt ist, da die o. g. Rohstoffkarte keine Aussagen zu Versorgungssicherheiten, Fördermengen, Volumina etc. ermöglicht. In der Rohstoffkarte werden Rohstoffgruppen dargestellt. Innerhalb einer Rohstoffgruppe sind des Weiteren Angaben zur Stratigraphie (Alter) ergänzt.</p>	<p>Auch wenn der vorgetragene Sachverhalt nicht Gegenstand der erneuten Auslegung war, wird der Anregung gefolgt, um die Richtigkeit der Aussage zur Rohstoffkarte sicherzustellen. Der Text Im Anhang C, Seite 14, 4. Abs. wird wie folgt geändert:</p> <p>"[...], wenn man die unterschiedlichen Rohstoffqualitäten auf Grundlage der Rohstoffkarte des Geologischen Dienstes bei der Festlegung berücksichtigt. Reine Firmeninteressen [...]"</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<p>Hierüber sowie über eine lithologische Detailbeschreibung lassen sich allgemeine Rückschlüsse über die Qualität der Gesteine schließen. Darüber hinaus können keine Aussagen über Qualitätsschwankungen innerhalb einer Rohstoffgruppe getroffen werden.</p> <p>Stattdessen schlage ich folgende Formulierung vor „[...]wenn man die unterschiedlichen Rohstoffqualitäten, auf Grundlage der Rohstoffkarte des Geologischen Dienstes, bei der Festlegung berücksichtigt.“ «</p>	
Beteiligter: 129 - vero Verband der Bau- und Rohstoffindustrie e.V. Anregungsnummer: E129-001	
<p>»Ausweisung weiterer Fläche im Bereich Beckum</p> <p>Wir regen die Ausweisung einer weiteren Fläche im Bereich Beckum/Vellern an. Wie die folgenden Darstellungen zeigen, werden die markierten Flächen nicht mehr als BSAB ausgewiesen, da sie für den Standort Lengerich der Fa. Dyckerhoff unwirtschaftlich sind.</p> <p>Die in der Abbildung gekennzeichnete Fläche wäre demnach schutzlos.</p> <p>Mit Blick auf zukünftige Regionalplanungen sollte, unabhängig von den Interessen der Fa. Dyckerhoff eine Sicherung der Flächen erfolgen.</p> <p>Diese Fläche sollte aufgrund der vorhandenen Rohstoffvorkommen in entsprechender Qualität und aufgrund der Tatsache, dass keine entgegenstehenden Eigentumsverhältnisse oder konkurrierende Nutzungsansprüche vorliegen, unbedingt als besonders wertvolles Rohstoffvorkommen in die Erläuterungskarte V1 <i>[gemeint ist hier Erläuterungskarte II des Sachlichen Teilplans Kalkstein!]</i> aufgenommen werden, um perspektivisch vor Überplanung gesichert zu werden.</p> <p>Aufgrund der Standortgebundenheit von Rohstoffen erscheint eine langfristige Sicherung sinnvoll. Mögliche Zwischennutzungen werden durch eine entsprechende Ausweisung nicht ausgeschlossen. Ferner könnte die Fläche für</p>	<p>Die Anregung neuer Reserveflächen war ausdrücklich auch im Raum Beckum nicht Gegenstand der erneuten Auslegung. Im Übrigen wurde der Anregung bereits tlw. gefolgt.</p> <p>Westlich der B 475 ist der Abbau bereits abgeschlossen.</p> <p>Östlich der B 475 ist eine Fläche in der Erläuterungskarte II b „Wertvolle oberflächennahe Lagerstätten“ festgelegt. Gemäß Grundsatz 1.2 RdNr. 17 sollen Nutzungen, die eine vollständige Rohstoffgewinnung dauerhaft unmöglich machen in diesen festgelegten Bereichen, nicht zugelassen werden.</p> <p>Die Flächen im Nahbereich des FFH- und Naturschutzgebietes "Steinbruch Vellern" sind zum Schutz des FFH-Gebietes, das empfindlich auf Änderungen des Grundwasserstandes reagiert, nicht in die Erläuterungskarte II aufgenommen worden.</p>

Anregungen und Bedenken / Hinweise	Erwiderungen
<p>den Fall, dass die vorgesehenen LEP-Änderungen Rechtskraft erlangen, als Teil der Reservegebietsausweisungen zur Verfügung stehen.</p> <p>Bei der Ausweisung einer weiteren Fläche in der Erläuterungskarte V1 [s. <i>Anmerkung oben!</i>] dürfte es sich auch nicht um eine verfahrensverzögernde, wesentliche Änderung im Sinne von § 9 Abs. 3 ROG handeln.</p> <p>Zudem handelt es sich bei der vorgenannten Fläche ohnehin um eine solche, die in engem Zusammenhang mit den erneut offengelegten wesentlichen Planänderungen im Bereich Beckum steht.«</p>	
Beteiligter: 147 - Wasserversorgungsverband Tecklenburger Land Anregungsnummer: E147-001	
<p>»Wir weisen darauf hin, dass für die endgültige Aufstellung die aktuelle Abgrenzung des Wasserschutzgebietes „Schollbruch“ heranzuziehen ist.«</p>	<p>Auch wenn der vorgetragene Sachverhalt nicht Gegenstand der erneuten Auslegung war, erfolgt hier mit Blick auf die bisherige Erwiderung eine Klarstellung zum Sachverhalt: Nach der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz sind in Regionalplänen als Bereiche zum Grundwasser- und Gewässerschutz die Einzugsgebiete öffentlicher Trinkwassergewinnungsanlagen i. S. der Wasserschutzzone I - III A festzulegen. Dementsprechend sind im Sachlichen Teilplan diese Abgrenzungen des Wasserschutzgebiets „Schollbruch“ dargestellt.</p> <p><i>Seitens des Verfahrensbeteiligten wurde am 04.05.2018 im Rahmen einer telefonischen Abstimmung und per E-Mail Meinungsabgleich erklärt. Der Verfahrensbeteiligte bedauert, dass die Wasserschutzzonen IIIB bei der Darstellung von Bereichen für den Grundwasser und Gewässerschutz nicht dargestellt werden und bittet um Weiterleitung dieser Position an die dafür verantwortliche Landesplanungsbehörde.</i></p>